

- 42 • Radwege – Ausbau der inner- und außerörtlichen Radwege, Vernetzung vorhandener Struk-
43 turen
- 44 • Schienenverkehr – Ausbau der Park&Ride-Anlagen; Wiederaufnahme des Personennahver-
45 kehrs auf der Werntalbahn
- 46 • Breitbandausbau – Ausbauziel 50 Mbit; Unterfranken ist in vielen Regionen noch unterver-
47 sorgt, Ausbau von Kabelnetz und Funknetzen nötig

48
49 Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für den Erhalt, den Ausbau und die Vernetzung infrastruktureller
50 Maßnahmen ein.

51

52 Infrastruktur umfasst nahezu alle Lebensbereiche, viele hiervon gehören zur Daseinsvorsorge. Umso
53 wichtiger ist es, die Zuständigkeit der öffentlichen Hand und die umfassende Beteiligung der Bürge-
54 rinnen und Bürger zu gewährleisten.

55 Wir setzen uns für die Stärkung vorhandener Strukturen, ihre Vernetzung und den Ausbau ein. Schule
56 und Kindergärten, Verkehrswege, Gewerbeförderung, Breitbandversorgung Energieversor-
57 gung/Stromnetze, ärztliche Versorgung, Kultur sind dabei einige Bereiche, auf die besonders zu ach-
58 ten ist. Anstrengungen für deren angemessene Ausstattung sichern Lebensqualität, sowohl im ländli-
59 chen Raum als auch in der Stadt.

60

61 **2. Kommunalfinanzen**

62

63 **2.1. Wir kümmern uns um die Kommunen**

64

65 Das Leben der Bürgerinnen und Bürger findet in den Städten und Gemeinden, den Kommunen statt.
66 Dort regeln sie im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung die örtliche Daseinsfunktionen und die
67 ihnen übertragenen staatlichen Aufgaben. Verwaltung, Straßenbau, Wasser- und Abwasser, Schulen,
68 Sport und Kultur sind in der Verantwortung unserer gewählten Kommunalvertreter in besten Hän-
69 den.

70

71 Unser Ziel ist die nachhaltige Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch eine bessere Finanz-
72 ausstattung. Die gesamte kommunale Familie – Gemeinden, Landkreise und Bezirke - sollen in Bay-
73 ern weniger am Zügel der Staatsregierung von Fördertopf zu Fördertopf geführt werden, von denen
74 es über 70 innerhalb und fast 400 außerhalb des Finanzausgleichs gibt. Für unsere Kommunen ist es
75 besser, wenn sie selbst über die Verwendung ihrer Gelder entscheiden können. Daher muss jeder
76 Kommune eine entsprechende finanzielle Handlungsfähigkeit garantiert werden.

77 Auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion wurde durch den Volksentscheid vom 15.09.2013 folgender
78 Passus in die Bayerische Verfassung aufgenommen: „Der Staat gewährleistet den Gemeinden im
79 Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit eine angemessene Finanzausstattung.“

80

81 **2.2. Substanzuelle Verbesserungen für die Kommunen durch den Bund**

82

83 Auch auf Bundesebene arbeiten wir für die stetige Verbesserung der kommunalen Finanzausstat-
84 tung. So haben die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD und die Politik der
85 Großen Koalition im Bund schon jetzt viele Verbesserungen für die Kommunen, auch in Bayern, ge-
86 bracht. Eine Entwicklung des urbanen Lebens ist ohne die Mittelzuflüsse seitens des Bundes kaum
87 mehr vorstellbar. Dabei tragen einige Vereinbarungen eine deutliche sozialdemokratische Hand-
88 schrift! Vereinbart wurden beispielsweise für die Kommunen:

- 89
- 90
- 91
- 92
- 93
- 94
- Die Garantie des Bestands der Gewerbesteuer sowie eine zeitnahe Reform der Grundsteuer unter Beibehaltung des kommunalen Hebesatzrechts und mit dem Ziel der dauerhaften Sicherung einer verlässlichen Einnahmequelle für die Kommunen.
 - Keine steuerrechtliche Behinderung der interkommunalen Zusammenarbeit sowie insbesondere die Ablehnung der umsatzsteuerlichen Belastung und soweit erforderlich auch umfassende EU-rechtliche Freistellung kommunaler Beistandsleistungen.

95

96 Daneben hat die Große Koalition ein massives Entlastungs- und Investitionspaket insbesondere für

97 finanzschwache Kommunen beschlossen. Zusätzlich zu den bereits angekündigten 10 Milliarden Euro

98 für Investitionen in Deutschland stehen jetzt noch einmal 5 Milliarden Euro speziell für Kommunen

99 zur Verfügung. Man kann damit rechnen, dass rund ein Sechstel der Mittel davon nach Bayern fließt.

100

101 Mit der Anhebung der Städtebaufördermittel des Bundes von 455 Millionen Euro auf 700 Millionen

102 Euro bereits für den Haushalt 2014 verbesserte der Staatssekretär im Bundesbauministerium und

103 Bayerische SPD-Landesvorsitzende Florian Pronold diese, schon seit Anfang der 70er Jahre von der

104 SPD entwickelten Zuschussmöglichkeiten für unsere Kommunen weiter und konnte so einige Fehl-

105 entwicklungen der Jahre der schwarz-gelben Koalition von 2009 bis 2013 wieder rückgängig machen.

106 Durch innovative Programme wie z.B. die „Soziale Stadt“ ist es gelungen, von der reinen Bauförde-

107 rung zur Förderung urbaner Lebensformen und deren Ausprägungen zu gelangen.

108

109 **2.3. Die Schwächen des kommunalen Finanzausgleichs in Bayern**

110

111 Beim allgemeinen Steuerverbund ist Bayern mit einer Verbundquote von 12,75 Prozent Schlusslicht

112 in Deutschland. Deshalb wollen wir die frei verfügbaren Mittel, also die Schlüsselzuweisungen, über

113 eine Anhebung der Verbundquote erhöhen.

114 Die SPD will über einen kommunalen Entschuldungsfonds dafür sorgen, dass in Not geratene und

115 hoch verschuldete Kommunen ihre finanzielle Handlungsfähigkeit durch sinkende Zinszahlungen

116 zurückgewinnen. Von 2008 bis 2015 stieg das Volumen des Staatshaushaltes um 31,0 Prozent auf

117 51,1 Milliarden Euro, das des kommunalen Finanzausgleichs nur um 25,5 Prozent auf 8,3 Milliarden

118 Euro. Der Gesamthaushalt stieg also deutlich stärker als der kommunale Finanzausgleich, der damit

119 an Bedeutung im Staatshaushalt verliert. Anders ausgedrückt: Die Kommunen werden nicht gleichbe-

120 rechtigt an der Entwicklung der Staatsfinanzen beteiligt. In zahlreichen Kommunen besteht ein Sanie-

121 rungsstau, der sich über viele Jahre bis zu einem Mehrfachen ihres jährlichen Haushaltsvolumens

122 aufgebaut hat.

123

124 **2.4. Forderungen für bessere Kommunalfinanzen in Bayern**

125

126 **a. Strukturelle Verbesserungen bei den Steuerverbänden**

- 127
- 128
- 129
- 130
- 131
- 132
- 133
- 134
- 135
- 136
- 137
- 138
- 139
- 140
- Verbundquote/Schlüsselzuweisungen: Der kommunale Anteil am allgemeinen Steuerverbund muss stufenweise von aktuell 12,75 Prozent auf 15 Prozent erhöht werden, damit die Schlüsselmasse und damit die Schlüsselzuweisungen steigen, denn sie sind als nicht zweckgebundene und somit frei verfügbare Mittel von besonderer Bedeutung für die Städte und Gemeinden. Dies gibt den Kommunen die Handlungsfreiheit die nötig ist um das urbane Leben der Zukunft zu gestalten
 - Kfz-Steuerersatzverbund: Der kommunale Anteil am Kfz-Steuerersatzverbund von aktuell nur 52,5 Prozent soll schrittweise in Richtung der bereits bis 2002 bestehenden 65 Prozent (am damaligen Kfz-Steuerverbund) erhöht werden. Diese Mittel dienen den kommunalen Investitionen – insbesondere beim Straßenbau und ÖPNV sowie der Wasserversorgung.
 - Grunderwerbsteuerverbund: Auch der Kommunalanteil am Grunderwerbsteueraufkommen war schon deutlich höher als die aktuellen acht Einundzwanzigstel (8/21); bis 1997 betrug er zwei Drittel. Der deutliche Anstieg des Grunderwerbsteuerauf-

141 kommens in den vergangenen Jahren eröffnet heute für den Staat einen deutlichen
142 Spielraum, um den kommunalen Anteil zu erhöhen.

- 143 • Haushaltskonsolidierungsmittel und Stabilisierungshilfen dürfen nicht aus der Ver-
144 bundmasse entnommen werden. Viele Schulden sind entstanden, weil der Staat den
145 Kommunen Aufgaben übertrage hat und nicht für ausreichend Mittel gesorgt hat.
146 Deshalb müssen staatliche Mittel zur Entschuldung eingesetzt werden.

147 148 **b. Schulden von Städten und Gemeinden reduzieren**

149 Wir wollen einen kommunalen Entschuldungsfonds, denn es gibt kaum Perspektiven für finanz-
150 schwache Kommunen, die Probleme strukturschwacher und überschuldeter Kommunen sind nicht
151 gelöst. Die Einführung sogenannter Stabilisierungshilfen und die Berücksichtigung der Bevölkerungs-
152 abwanderung bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen reichen nicht aus. Im Rahmen des
153 Schuldenabbaus des Staates treten wir dafür ein, dass über einen kommunalen Entschuldungsfonds,
154 in den jährlich 100 Millionen Euro fließen, auch die Kommunen ihre Verschuldung reduzieren kön-
155 nen. Die Kommunen dürfen nicht auf ihren Schulden sitzen bleiben, während sich der Staat entschul-
156 det.

157 158 **c. Kommunale Investitionen stärken**

- 159 • Strukturförderprogramm: Angesichts des gewaltigen Investitionsstaus in vielen baye-
160 rischen Kommunen kann vielerorts nur noch durch ein Strukturförderprogramm des
161 Freistaats gewährleistet werden, dass die betroffenen Kommunen ihre Handlungsfä-
162 higkeit zurück gewinnen und die Aufgaben zur Gestaltung der örtlichen Angelegen-
163 heiten wieder aktiv und nachhaltig wahrnehmen können. Die Instrumente des kom-
164 munalen Finanzausgleichs sowie der regionalen und der strukturellen
165 Wirtschaftsförderung müssen zu einem Instrumentenmix gebündelt und die Mittel
166 aufgestockt und zielsicher eingesetzt werden.
- 167 • Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder: Die Sanierung kommunaler Bäder er-
168 fordert finanzielle Mittel in einer Größenordnung, die viele Kommunen völlig über-
169 fordert. Ohne staatliche Hilfe kann dieses drängende Problem von vielen Städten und
170 Gemeinden nicht mehr gelöst werden. Durch die Bäderschließungen verlieren wir
171 auch einen großen Teil der Daseinsvorsorge und die urbane Gesellschaft wichtige
172 sportliche Betätigungsfelder.
- 173 • Energetische Sanierung kommunaler Gebäude: In den bayerischen Kommunen be-
174 steht in den nächsten Jahren ein immenser Sanierungsbedarf von kommunalen Ge-
175 bäuden. Die kommunale Finanzausstattung erlaubt es unseren Städten häufig nicht,
176 energetische Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Die Einsparung von Energie in
177 diesem Bereich bietet ein enormes Potenzial und energetische Gebäudesanierung
178 stärkt die heimische Wirtschaft vor Ort, den Mittelstand und sie sichert und schafft
179 Arbeitsplätze.
- 180 • Städtebauförderung muss ausgeweitet werden. Die Städte und Gemeinden sind ei-
181 nem enormen Aufgabenwandel unterworfen und können dies oft aus eigenen Mit-
182 teln nicht finanzieren. Darunter fallen beispielsweise die Stärkung der Innenstädte,
183 die Umwandlung der Gebäudesubstanz und auch die Einrichtungen des ÖPNV.

184 185 **3. Schutz vor Spekulationsblasen auf dem Wohnungsmarkt durch sozialen und sozialgebundenen** 186 **Wohnungsbau**

187 Wir brauchen ein wirkungsvolles Förderprogramm für den sozialen und sozialgebundenen Woh-
188 nungsbau aus Landes- und Bundesmitteln.

189 In den letzten Jahren sind die Mieten in den Ballungsräumen und Universitätsstädten in die Höhe
190 geschneit: Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware. Bereits mittlere Einkommensgruppen stoßen
191 hier an ihre Grenzen. Erst recht gilt dies für alte Menschen, Alleinerziehende, junge Familien und

192 Geringverdiener. Gleichzeitig nimmt die Zahl an Sozialwohnungen seit Jahren ab. Vor dem Hinter-
193 grund eines starken Zuzugs in die Ballungsräume ist seit Jahren eine wachsende Kluft zwischen Ange-
194 bot und Nachfrage zu beobachten. Nur mit einer deutlichen Stärkung des sozialen Wohnungsbaus
195 kann es gelingen, eine Entlastung des Wohnungsmarktes zu erreichen und die einkommenschwa-
196 chen Teile der Bevölkerung vor Spekulationsblasen und Mietwucher zu schützen.

197 Die kommunale Förderung etwa durch Vorgaben in der Bauleitplanung und dem Bebauungsplan
198 sowie durch eigene Förderprogramme kann die staatliche nicht ersetzen, höchstens ergänzen. Schon
199 jetzt sind viele Kommunen an den Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit. Die Spielräume für eigene
200 Wohnungsbauprogramme sind vielfach gering. Daher fordert der Bezirksvorstand Unterfranken, die
201 finanziellen Belastungen für die Kommunen zu reduzieren, damit sie wieder den grundlegenden An-
202 forderungen der Daseinsvorsorge nachkommen können. Günstiger Wohnraum ist ein essentieller
203 Bestandteil der Daseinsvorsorge und als solcher in Artikel 106 der Bayerischen Verfassung niederge-
204 legt: „Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Die Förderung des
205 Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden.“

206 Die Mietpreisbremse ist ein erster Schritt, um die Kostenexplosion in Grenzen zu halten. Doch ohne
207 entsprechende Förderung von Wohnungsneubau durch den Freistaat wird es nicht gelingen, die
208 Nachfrage auch nur annähernd in den Griff zu bekommen. Die Finanzmittel, die im Doppelhaushalt
209 2015/2016 bereitgestellt sind, reichen für kaum mehr als 4000 Wohnungen. Allein um den Woh-
210 nungsbedarf anerkannter Flüchtlinge zu decken, wären nach Schätzungen des bayerischen Sozialmi-
211 nisteriums bis zu 5.000 weitere Wohnungen nötig. Es ist der falsche Weg, Flüchtlinge gegen andere
212 Menschen mit geringem Einkommen auszuspielen.

213 Die vor kurzem beschlossene Aufstockung des Programms für die Staatliche Wohnraumförderung um
214 50 Millionen Euro auf nun 270 Millionen Euro ist kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.
215 Nach Ansicht von Experten des Verbandes bayerischer Wohnungsunternehmen, der über 400 Woh-
216 nungsgenossenschaften und kommunale Wohnungsunternehmen vertritt, sind damit nicht mehr als
217 250 neue Wohnungen zu errichten. Der Freistaat ist derzeit weit davon entfernt, die Zahl an Sozial-
218 wohnungen auch nur auf dem heutigen Niveau zu halten. Es ist nötig, die zur Verfügung stehenden
219 Mittel für die staatliche Wohnraumförderung mindestens zu verdoppeln.

220 Kaum besser ist die Situation bei Wohnungen mit Sozialbindung: Binnen 15 Jahren hat sich die Zahl
221 beinahe halbiert. Von 250.000 Sozialwohnungen 1999 sind 2014 gerade einmal 130.000 übrig geblie-
222 ben. Dieses Schrumpfungsprogramm ist von der Staatsregierung politisch gewollt, birgt aber vor dem
223 Hintergrund einer wachsenden Zuwanderung in die Städte sozialen Sprengstoff in sich.

224

225 **4. Unterfranken barrierefrei – Lebensqualität für alle schaffen**

226

227 Wir wollen die Barrieren in unserer Umgebung, aber auch in den Köpfen beseitigen. Das verbessert
228 die Lebensqualität für alle Menschen - mit und ohne Behinderungen oder Beeinträchtigungen.

229

- 230 • Öffentliche Gebäude und Verkehrsmittel müssen barrierefrei zugänglich und nutzbar sein.
231 Die Begradigung und Erhöhung der Bushaltestellen ist erforderlich, dadurch wird ein prob-
232 lemloser Einstieg, nicht nur mit dem Rollstuhl ermöglicht.
- 233 • In ländlichen Bereichen wollen wir zusätzliche, barrierefreie Bushaltestellen, um zum Beispiel
234 die Erreichbarkeit von Arztpraxen und Geschäften mit dem ÖPNV gewährleistet zu können.
- 235 • Abgesenkte Bordsteine und Pflastersteine für Blinde (taktile Blindenleitsysteme) erleichtern
236 das tägliche Leben, genau wie Gehspuren im Kopfsteinpflaster.
- 237 • Das Zwei-Sinne-Prinzip muss auch in Schulen, ggf. durch Hilfsmittel, verwirklicht werden.
- 238 • Im Architekturstudium sollte ein Schwerpunkt auf Barrierefreiheit liegen, damit die spätere
239 Umsetzung bei Planung und Bau selbstverständlich und Standard wird.
- 240 • Es gilt Bauvorschriften und Richtlinien zur Barrierefreiheit zu erstellen bzw. vorhandene Vor-
241 schriften entsprechend zu ergänzen.
- 242 • Der barrierefreier Zugang zum Internet muss gewährleistet werden.

243

244 Ein Bewusstseinswandel ist erforderlich und muss von uns befördert werden. Dafür ist ein Umdenken
245 bei uns allen und in allen Generationen notwendig. Barrierefreiheit ist ein Thema, das uns alle an-
246 geht. Es sichert die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben - gerade in einer älter wer-
247 denden Gesellschaft. Barrierefreiheit ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

248

249 *Annahme einstimmig*